

Protokoll der Präsidiumssitzung am 31.8.1974 in Eckernförde

Beginn: gegen 9.00 Uhr
Schluß: gegen 17.05 Uhr

Teilnehmer: Herren Schneider, Kinzel, Reiber, Nöttger, Schwarzmüller, Diel, Kadesreuther und Dr. Schmidt (DSB-Präsidium), Dr. Steen und Mallée (Gäste)
Entschuldigt fehlten: Frau Grzeskowiak, Herr Goßner und Herr Schmid

Dr. Steen begrüßt die Sitzungsteilnehmer im Namen des gastgebenden Landesverbands Schleswig-Holstein.

Schneider bemerkt, die Sitzung sei trotz der Urlaubszeit nicht länger aufschiebbar gewesen. Eckernförde habe sich angeboten, da einige Präsidiumsmitglieder ohnehin wegen des Sechsländerturniers anwesend seien, andere nicht weit entfernt wohnen. Die bekanntgegebene Tagesordnung solle lediglich Richtschnur sein; alle Komplexe, die die Finanzen betreffen, seien ohnehin vorab zu behandeln, da Schwarzmüller die Sitzung vorzeitig verlassen müsse.

Eine besondere Bedeutung komme der Sitzung deswegen zu, weil sich das DSB-Präsidium intensiv mit Angriffen von verschiedenen Seiten zu befassen habe. Bereits in den 50er Jahren habe sich der DSB in a.o. Generalversammlungen mit den Angriffen einiger Störenfriede beschäftigen müssen. Er (Schneider) habe damals die Auffassung vertreten, mit aller Schärfe vorzugehen, um wieder Ruhe in den DSB einkehren zu lassen. Der damalige unerfreuliche Kongreß in Lindenfels habe immerhin das positive Ergebnis gezeitigt, daß reiner Tisch gemacht worden sei. Neuerdings geschehe es wieder ähnliche Angriffe insbesondere gegen den DSB-Präsidenten. Er müsse eine gewisse Schuld auch bei sich selbst suchen, weil er nicht sofort mit aller Energie auf solche Angriffe reagiert habe. Das DSB-Präsidium müsse nun dringend beraten, wie sich der DSB vor solchen Angriffen schützen könne, und klar Stellung beziehen.

1. Bundesinnenministerium

Schneider berichtet über seine Verhandlungen in Bonn in Sachen Geschäftsführer seit dem Würzburger Kongreß. Er habe jetzt mit höheren Stellen konferiert als zuvor. Es sei dort anerkannt worden, daß der DSB unbedingt einen Geschäftsführer benötige. Er (Schneider) habe inzwischen den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Weyer, eingeschaltet, der seine Unterstützung zugesagt habe.

In anderer Angelegenheit sei aber nun ein Rundschreiben des BMI (vom 1.8.74) eingegangen, nämlich die Abrechnungen über die Zuschüsse des BMI an die Sportorganisationen betreffend. Während bisher die Mittel vom BMI den Verbänden zugewiesen worden seien, die hierüber bis zum März des Folgejahres gegenüber dem BMI abzurechnen hatten, werde nunmehr das Bundesverwaltungsamt (BVA) zwischengeschaltet.

Das BVA habe auch bereits am 25.6.74 an den DSB geschrieben. Dieses Schreiben betreffe die Zuwendungen für 1972. Das BVA kritisiere die Abrechnungen des DSB gegenüber dem BMI für jenes Jahr, mache Vorschriften für künftige Abrechnungen und fordere außerdem mehr als DM 5.000,-- zuzüglich Zinsen für das damalige Sechsländerturnier in Großenbrode zurück. Ein weiteres Schreiben des BVA vom 24.6.74 befasse sich mit dem Jahr 1973. Das BVA fordere darin ca. DM 12.000,-- zuzüglich Zinsen zurück. Schneider verliest seine Antwort vom 15.7.74 an das BVA. Darin weist er nach, daß der DSB wesentlich größere Eigenmittel aufgebracht habe, als sie das BVA bei seinen Berechnungen zugrundegelegt habe, was festzustellen auch dem BVA möglich gewesen sei, da es über sämtliche Unterlagen verfüge. Die Kritik des BVA an der Höhe eingesetzter Reisekosten sei unangebracht, da die geopferte Arbeitszeit nicht vergütet werde, wie dies bei den vom BVA zum Vergleich herangezogenen Beamten der Fall sei. Kopien seines Antwortschreibens habe er (Schneider) an das BMI und an Weyer geschickt.

Schneider zitiert aus seinem Begleitschreiben vom 15.7.74 an Weyer: Da BVA bringe unnötigerweise nur zusätzliche Arbeit für die ehrenamtlich tätigen Funktionäre. Es sei paradox, daß das BVA Einzelmaßnahmen heraufgreife, um Rückforderungen zu konstruieren. Gegen die Kritik des BVA an den Reisekostenvergütungen schließlich müsse energisch Stellung genommen werden.

Der DSportB habe bereits zugesagt, zugunsten des DSB in Bonn vorzustellen zu werden, was inzwischen wahrscheinlich schon geschehen sei, habe doch das BMI kürzlich verlauten lassen, man könne über die Angelegenheit noch einmal sprechen. Dazu sei die Erläuterung gegeben worden, daß Änderungen der ursprünglich eingereichten Planungen nur mit Zustimmung des BMI beschussfähig seien und daß das BMI gegenüber dem BVA keine Weisungsbefugnis besitze.

Das BVA habe seinen (Schneiders) Brief vom 15.7.74 mit Schreiben vom 26.7.74 wie folgt beantwortet: Nur die im Planungsgespräch am 8.10.71 anerkannten Maßnahmen seien förderungsfähig. Maßnahmen außerhalb der genehmigten Planung können nicht bezuschußt werden. Die von Schneider angeführten Zahlen seien die Gesamtkosten, nicht die Eigenleistungen des DSB.

Schneider zitiert aus seiner Antwort vom 27.8.74 auf das erst am 14.8. bei ihm eingegangene Schreiben des BVA: Er müsse die Behauptung zurückweisen, die von ihm genannten Zahlen entsprächen nicht der Eigenleistung des DSB. Außerdem sei dem DSB seit vielen Jahren regelmäßig ein Zuschuß von DM 20.000,-- zugesagt worden, niemals mehr und niemals weniger, völlig unabhängig von Zahl und finanziellem Volumen der geplanten Veranstaltungen.

Er (Schneider) habe von seiner Antwort wieder eine Kopie an den DSportB gesandt mit folgenden Bemerkungen: Der DSB sei dankbar, daß sich der DSportB zu seinen Gunsten einschalten wolle. Für 1974 sei auf seinen (Schneiders) Vorschlag in Übereinstimmung mit DSportB und BMI auf ein Planungsgespräch verzichtet worden. Dennoch sei wieder ein Zuschuß von DM 20.000 zugesagt worden, von dem das BMI allerdings bisher keinen Teilbetrag überwiesen habe.

Schwarzlmüller bemerkt, daß in 1974 wieder einige Veranstaltungen ausfallen werden, z.B. der B-Länderkampf gegen Jugoslawien und der Länderkampf gegen die UdSSR, während andere Veranstaltungen mehr als geplant kosten werden. Der DSB müsse eventuell mit einem Zuschußausfall von bis zu DM 11.000,-- rechnen. Es müsse unbedingt vom BMI ein Pauschalzuschuß ohne Bindung an Einzelmaßnahmen verlangt werden, um solche Einbußen zu vermeiden.

Auf Frage von Kadesreuther bemerkt Schneider, daß auch andere Verbände vom BVA Rückforderungen erhalten haben, aber leider einfach die Rückzahlungen leisten, ohne für ihre Interessen zu kämpfen. Der DSB-Präsident Weyer werde aber mit Sicherheit für eine Änderung kämpfen.

Auch Diel plädiert dafür, künftig einen Pauschalzuschuß zu verlangen. Es sei ein Unding, daß nun das BVA eingeschaltet werde, nachdem die Beamten im BMI langsam den Durchblick gewonnen haben.

Nöttger plädiert für eine Resolution des DSB-Präsidiums zur Unterstützung von Schneiders Verhandlungen.

Das DSB-Präsidium ermächtigt Schneider, notfalls auf Zuschüsse des BMI zu verzichten, und faßt einstimmig folgende Resolution:

"Das Präsidium des Deutschen Schachbundes nahm in seiner Sitzung am 31. August 1974 in Eckernförde mit großem Befremden den Schrittwechsel zwischen dem DSB-Präsidenten Ludwig Schneider und dem Bundesverwaltungsamt zur Kenntnis.

Der Rückzahlungsforderung des Bundesverwaltungsamtes wurde einmütig widersprochen, weil sie aufgrund der Abrechnung ungerechtfertigt ist.

Der DSB-Präsident wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Deutschen Sportbund beim Bundesinnenministerium anzustreben, daß wie bisher ein pauschaler Sportförderungszuschuß in Höhe von DM 20.000,-- geleistet wird.

vom DSB darüber ohne Bindung an Einzelplanungen abgerechnet wird. Das Präsidium des Deutschen Schachbundes lehnt eine unzumutbare Belastung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Präsident und Schatzmeister durch dirigistische und bürokratische Maßnahmen des Bundesverwaltungsamtes ebenso ab wie daraus resultierende Eingriffe in die Selbstverwaltung des Deutschen Schachbundes."

Der Text dieser Resolution entspricht einem von Diel erarbeiteten Formulierungsvorschlag.

2. Etatfragen

Schwarzlmüller führt aus, daß in 1975 (Jahr mit ungerader Jahreszahl) Vorhaben für ca. DM 224.000,-- zu finanzieren seien. Das Beitragsaufkommen belaufe sich voraussichtlich auf ca. DM 180.000,-- und vom Bundesinnenministerium seien maximal DM 20.000,-- zu erwarten, so daß bei den Planungen eventuell Abstriche bis zu einer Höhe von ca. DM 24.000,-- zu machen seien. Nicht unwahrscheinlich sei es jedoch, daß bei der IDM in Mannheim ein entsprechender Überschuß erzielt werde, da die Stadt Mannheim ihrerseits bereits einen Zuschuß von DM 50.000,-- zugesagt habe, von dem lediglich DM 7.000,-- für Saalmiete abgehen.

Das Präsidium ist sich einig, daß die notwendigen Abstimmungen mit den Landesspielleitern (gemäß Würzburger Kongreß) anläßlich des geplanten Schiedsrichterlehrgangs vorgenommen werden können. Für diesen Lehrgang wird der DSB die Unterbringungs- und Verpflegungskosten übernehmen, während die Landesverbände die Fahrtkostenerstattung regeln sollen.

Alle Präsidiumsmitglieder sind aufgefordert, ihre Planungen bzw. ihren Finanzbedarf für 1975 bis Ende September 1974 dem Schatzmeister zu melden.

Anläßlich des bevorstehenden Länderkampfes gegen Rumänien wird über die Schwierigkeiten diskutiert, die Nationalmannschaft frühzeitig zu nominieren. Eine befriedigende Lösung dieses Problems erscheint z.Zt. als nicht möglich. Ebenso ist noch nicht endgültig geklärt, ob der geplante preisgünstige Flug mit der rumänischen Luftverkehrsgesellschaft zustandekommt.

Der Flug zur Frauen-Olympiade in Kolumbien wird fast DM 1.800,-- pro Person kosten. Das Präsidium beschließt deshalb, nur insgesamt zwei Teilnehmerinnen zu entsenden.

Zum Komplex der Tagungen des FIDE-Zentralkomitees schlägt Schwarzlmüller vor, Reibers Kosten nur dann zu bezuschussen, wenn die Tagungen in Europa stattfinden. Schneider bemerkt, daß das Niveau in der FIDE immer weiter absinke, hält es aber nicht für richtig, nach Europa- und Übersee-Tagungen zu differenzieren. Er schlägt deshalb vor, bei dem Modus zu bleiben, einen bestimmten Betrag jährlich für FIDE-Angelegenheiten einzuplanen und gemäß dem Trierer Präsidiumsbeschluß zu verteilen. Reiber bemerkt, es sei äußerst unbefriedigend, daß er als Zentralkomiteemitglied niemals wisse, mit welchem Zuschuß er rechnen könne. Schwarzlmüller ist der Auffassung, daß bei Überseetagungen die Kosten einer Teilnahme des Zentralkomiteemitglieds nicht den möglichen Effekt für den DSB wert seien. Reiber widerspricht dieser Auffassung, da die Behandlung von für den DSB wichtigen Tagesordnungspunkten bei den Zentralkomiteesitzungen nicht auf den Tagungsort abgestellt seien. Der Fragenkomplex wird hieraufhin aufgeschoben bis zur Behandlung des Tagesordnungspunktes, der sich ohnehin mit der FIDE befaßt.

Der Deutsche Blindenschachbund wird vom 17.2. bis 3.3.75 im Kriegsblindenkurheim Bad Berleburg die Blindenweltmeisterschaft ausrichten, an der sich 26 Mitgliedsländer mit je einem, Jugoslawien und die BRD mit je einem weiteren Teilnehmer beteiligen. Der DBSB schreibt hierzu, daß z.Zt. etwa DM 6.000,-- der Kosten noch nicht gedeckt, aber wohl durch Spender aufzubringen seien. Er bittet den DSB, einen Turnierleiter und einen schachlichen Betreuer für die deutschen Teilnehmer zur Verfügung zu ste

len. Das DSB-Präsidium beschließt, daß der DSB die Kosten für einen Internationalen Schiedsrichter als Turnierleiter übernimmt. Kadesreuther spricht die Schwierigkeiten an, die die DSJ mit ihren Abrechnungen über ZPI-Maßnahmen ("ZPI" = Zentrale Planung und Leitung) gegenüber der Deutschen Sportjugend habe. Es sei seit einiger Zeit leider nicht mehr möglich, seine Kosten anlässlich von DSB-Tagungen über diesen Weg aufzubringen. Das DSB-Präsidium beschließt deshalb, die Kosten des Jugendwarts anlässlich von DSB-Tagungen aus dem DSB-Etat zu begleichen. Kadesreuther wird Schneider den Schriftverkehr mit der Deutschen Sportjugend anlässlich der Abrechnung der Würzburger Zusammenkunft zur Verfügung stellen.

Schneider verteilt zur Information einen Fragebogen des Deutschen Sportbundes, mit dem eine Finanz- und Strukturanalyse des deutschen Sports erarbeitet werden soll.

3. "Fall Eggert"

Schneider erhellt die Vorgeschichte dieses Falls: Eckernförde habe sich als Ausrichter für den Sechsländerkampf angeboten gehabt. Daraufhin habe ein Gespräch zwischen ihm, Bürgermeister Schulz, Dr. Steen, Müller und Eggert stattgefunden (Anfang 1974). Bei diesem Gespräch habe Eggert unangefordert erklärt, er habe von der Landesregierung die Zusage, daß sie mindestens DM 5.000,-- als Zuschuß für dieses Turnier geben werde. Bürgermeister Schulz, der auch stellvertretender Landtagspräsident von Schleswig-Holstein sei, habe daraufhin Eggert gefragt, woher dieser Betrag genommen werde. Eggert habe geantwortet, daß das Geld aus einem Privatverfügungsfonds des Ministerpräsidenten Stoltenberg kommen werde. Daraufhin habe Schulz einen Zuschuß der Stadt Eckernförde in Höhe von DM 2.500,-- unter der Voraussetzung zugesagt, daß sein Stadtrat zustimme. Er (Schneider) habe über das ganze Gespräch am 9.1.74 eine Aktennotiz angefertigt und hiervon eine Kopie auch an Eggert geschickt zusammen mit einem Anschreiben, in dem er Eggert gebeten habe, eine Bestätigung der Landesregierung über den zugesagten Zuschuß zu besorgen. Diese Aufforderung sei Ende Februar bei Eggert eingegangen. Nachdem er (Eggert) nicht geantwortet habe, habe er (Schneider) ihm mit eingeschriebenem Brief vom 22.3.74 eine Frist bis zum 1.4.74 gesetzt und für den Fall keiner Antwort vorausgesetzt, daß er (Schneider) direkt an die Landesregierung schreiben solle. Eine Antwort Eggerts sei wieder ausgeblieben. Am 16.5.74 habe er (Schneider) dann wieder an Eggert geschrieben und eine Kopie seines gleichzeitigen Briefes an die Landesregierung beigelegt in dem auch von Eggerts Unzuverlässigkeit die Rede gewesen sei. Am 1.6.74 sei daraufhin endlich eine Antwort Eggerts eingegangen, allerdings mit groben Beleidigungen gegenüber ihm (Schneider) und dem DSB-Präsidium.

Schwarzmüller muß hier die Sitzung verlassen.

Dr. Schmidt erläutert den gegenwärtigen Stand in dieser Angelegenheit: Der Kultusminister von Schleswig-Holstein habe geantwortet, daß bisher kein Antrag auf Bezuschussung der Eckernförder Veranstaltung gestellt worden sei. Schneider habe am 14.6.74 ein Ausschlußverfahren gegen Eggert beantragt, dessen sämtliche Rechte in den deutschen Schachorganisationen seitdem ruhen. Er (Dr. Schmidt) habe deswegen Eggert am 18.6.74 angeschrieben. Eggert habe am 26.6.74 wie folgt Stellung genommen: Schneider habe den Zuschuß von DM 5.000,-- gefährdet. Er (Eggert) habe laufend Dr. Steen über den Stand in der Zuschußangelegenheit informiert. Der Ausschlußantrag verstoße gegen § 12 der DSB-Satzung, da er (Eggert) nicht den Interessen des Bundes gröblich zuwidergehandelt habe. Folglich könne er auch seine Ämter weiterhin ausüben.

Dr. Schmidt bemerkt, er habe in seiner Antwort an Eggert klargestellt, daß der Ausschlußantrag sich auf die Beleidigungen in Eggerts Brief vom 1.6.74 an Schneider beziehe und nicht auf sachliche Differenzen, daß Eggerts Rechte und Ämter satzungsgemäß ruhen und er sich daran zu halten habe.

Zwischenzeitlich habe nun am 24.7.74 in Solingen eine Verhandlung zwischen Schneider und Evertz einerseits und zwischen Evertz und Eggert andererseits stattgefunden, bei der sich Evertz um eine Vermittlung zwischen Schneider und Eggert bemüht habe. Abschließend sei von beiden Seiten ein Protokoll dieser Verhandlungen unterzeichnet worden, in dem sich Schneider unter bestimmten Voraussetzungen bereiterklärt habe, seinen Ausschlußantrag zurückzuziehen. Eine besonders wesentliche Voraussetzung sei gewesen, daß Eggert seine Differenzen mit seinem Landesverband ordnet und sich sowohl dort als auch im DSB satzungsgemäß verhalte.

Dr. Steen bemerkt, Eggert habe sich nicht um eine Bereinigung bemüht und sich nicht dem Beschluß des Vorstands von Schleswig-Holstein gebeugt, wonach bei der Entsendung eines Teilnehmers zur Deutschen Schülermeisterschaft die Qualifikationsbestimmungen einzuhalten seien, sondern weiterhin Wühlarbeit geleistet. So habe er (Eggert) 20 Vereine zusammengesammelt, die einen a.o. Verbandskongreß fordern, um den amtierenden Verbandsvorstand abzuwählen.

Schneider wirft ein, daß Eggert damit den wesentlichsten Punkt der Solinger Vereinbarung nicht erfüllt habe. Wie dieser Punkt von beiden Seiten gemeint gewesen sei, könne Evertz bezeugen. Er (Schneider) könne sich unter diesen Umständen nicht an die Vereinbarung gebunden fühlen und sei daher auch nicht bereit, den Ausschlußantrag zurückzuziehen.

Dr. Schmidt berichtet, er habe am 16.8.74 an Eggert geschrieben, daß der angeführte Punkt der Solinger Vereinbarung zunächst zu erfüllen sei bevor Schneider den Ausschlußantrag zurückziehen werde. Eggert habe geantwortet, nicht er habe Differenzen mit seinem Landesverband, sondern das Gegenteil sei der Fall. Mit dem Solinger Protokoll sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

Das DSB-Präsidium stellt fest, daß der Ausschlußantrag noch läuft, da Eggert noch nicht alle Bedingungen erfüllt habe, die Voraussetzung für eine Einstellung sein sollen.

Dr. Steen verläßt an dieser Stelle den Raum.

Kinzel bemerkt, die Beleidigungen durch Eggert seien äußerst gravierend, insbesondere nach den vorhergehenden, sämtlich unbeantwortet gebliebenen Briefen Schneiders und in Anbetracht der Tatsache, daß Egger Kopien an alle möglichen Empfänger gesandt habe.

Nöttger ergänzt, daß Eggert zudem den DSB-Präsidenten der Lüge bezichtigte, das Gegenteil jedoch nachprüfbar sei.

Das Präsidium beschließt einstimmig den Ausschluß Eggerts aus dem DSB. Dr. Schmidt wird diese Entscheidung samt Begründung Eggert und dessen Landesverbandsvorsitzenden mitteilen.

4. "Fall Pachman"

Schneider führt aus, daß er nach dem Würzburger Kongreß Anwürfe von verschiedensten Seiten erhalten habe, die an der Sachlage vorbeigehen. So habe ihm die Junge Union Hilden am 25.5.74 in teilweise unverschämtem Ton Vorwürfe gemacht. Er habe am 27.5.74 geantwortet, daß es Unsinn sei zu behaupten, Pachman werde seine Existenzgrundlage entzogen, daß vielmehr lediglich seine Teilnahme an der DEM noch nicht möglich sei, da die 20 Jahre alte Bestimmungen entgegenstehen, und außerdem einen Gesprächstermin angeboten, der aber von der Jungen Union Hilden nicht wahrgenommen worden sei. Eine ähnliche Antwort habe er auch am 28.5.74 dem Internationalen Schutzverband deutschsprachiger Schriftsteller auf dessen Schreiben vom 23.5.74 hin erteilt.

Schneider bedauert, daß sich auch Funktionäre an dieser Kampagne beteiligt haben, die aufgrund ihres Informationsstandes eigentlich den notwendigen Einblick in die Zusammenhänge haben müßten.

Pachman selbst habe ihm (Schneider) am 13.7.74 geschrieben, daß solche Zeitungsartikel wie der in "Die Welt" ohne sein (Pachmans) Wissen und seinem Bedauern erschienen seien. Er wolle sich daran halten, jegliche

Polemik zu unterlassen. Er bitte ferner um Entschuldigung dafür, daß er Schneider vorgeworfen habe, zu Unrecht zu befürchten, die UdSSR-Spieler würden sich weigern, gegen ihn (Pachman) anzutreten. Zwischenzeitlich sei Schneiders Befürchtung anlässlich des Solinger Turniers bestätigt worden.

Schneider erklärt, er habe nach diesem Brief Pachmans die ganze polemische Auseinandersetzung für beendet angesehen und Pachman am 15.7.74 ein Gespräch in Solingen gemeinsam mit Nöttger vorgeschlagen. Pachman habe sofort am nächsten Tag zugestimmt. Bei diesem Gespräch sei Pachman sogar bereit gewesen, seine Anschuldigungen öffentlich zu bereuen. Es habe sich herausgestellt, daß Pachman am 8.6.74 die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt habe. Damit könne er für den DSB an den FIDE-Titelturnieren teilnehmen, da hierfür Voraussetzung sei, daß jemand ein Jahr lang in seinem neuen Gastland lebe und dort die Staatsbürgerschaft beantragt habe. Entsprechend könne Pachman auch in der deutschen Nationalmannschaft spielen. Auch sei beabsichtigt, Pachman tatsächlich für das nächste FIDE-Zonenturnier zu melden. Der "Fall Pachman" sei nunmehr für den DSB erledigt.

Inzwischen habe es nun aber Differenzen zwischen Pachman einerseits und Evertz bzw. Solinger Schachgesellschaft andererseits gegeben. Er (Schneider) habe sich als Vermittler angeboten. Im Anschluß an ein ca. zehnstündiges Gespräch sei schließlich eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet worden.

Im Zusammenhang mit dem Solinger Turnier sei ein Fernsehinterview mit Spasski und Uhlmann ausgestrahlt worden, in dem sie erklärten, nicht gegen Pachman anzutreten. Von der Presse seien diese Äußerungen teilweise dahingehend aufgebauscht worden, daß die UdSSR nun auch in die Hoheitsrechte des DSB eingreife. Er (Schneider) habe aber sofort beim FIDE-Präsidenten Prof. Dr. Euwe gegen das Verhalten dieser Spieler protestiert. Euwe sei nach Solingen gekommen und habe zusammen mit ihm (Schneider) auf einer Pressekonferenz zu dem Problem Stellung genommen. Inzwischen habe Euwe zugesagt, das Problem bei der nächsten FIDE-Tagung zu behandeln.

Das DSB-Präsidium stimmt Schneiders Auffassung zu, den ganzen Komplex mit dem UdSSR-Schachverband hart durchzufechten auch auf die Gefahr hin, daß keine UdSSR-Spieler zu der IDM nach Mannheim kommen. Dieser Turnier werde notfalls auch ohne sie eine starke Besetzung bekommen, da Kontakte mit den stärksten Großmeistern der westlichen Welt aufgenommen werde.

An dieser Stelle wird die Sitzung zur Mittagspause unterbrochen.

Schneider nimmt Stellung zu den Darstellungen des Falles Pachman in der Zeitschrift "Rochade" und äußert sich zu deren Herausgeber Köhler. Letzterer habe Pachman bitterste Vorwürfe gemacht, daß er sich mit dem DSB arrangiert habe, und ihm eine Kehrtwendung um 180 Grad angedroht. Pachman habe Köhlers Vorwürfe energisch zurückgewiesen: Er (Köhler) habe seinen (Pachmans) Fall offensichtlich mißbraucht, um seine (Köhlers) Privatfehde gegen Schneider weiter anheizen zu können. Er (Pachman) habe aber inzwischen festgestellt, daß seine Interessen vom DSB im Rahmen der DSB-Interessen bestens vertreten werden. Er (Pachman) habe früher naiv angenommen, daß ihm die "Rochade" helfen wolle, und deshalb Warnungen in den Wind geschlagen, Veröffentlichungen in der "Rochade" vorzunehmen. Nunmehr wünsche er, daß in der "Rochade" von ihm nichts mehr erscheine. Das DSB-Präsidium stellt übereinstimmend fest, daß Köhlers Verhalten an sich einen Ausschluß aus dem DSB rechtfertige. Der DSB müsse zumindest klarstellen, daß persönliche Beleidigungen der Mitglieder der DSB-Gremien nicht länger hingenommen werden.

Zu Schwinds Brief in der "Rochade" stellt das DSB-Präsidium fest, daß eine solche Meinungsäußerung durch einen Landesverbandsvorsitzenden unglaublich sei. DieI fordert, daß von Schwind für dessen Behauptungen (z. B. anführungsstrichelchen-Wahlen) Beweise verlangt werden sollen.

Das DSB-Präsidium befaßt sich auch mit anderen Leserbriefen in der "Rochade" kritisch. Dr. Schmidt stellt fest, daß ausschlässe aus dem DSB solche Schmierereien auch nicht abstellen können, da es dem DSB unmöglich sei, den gleichen, nicht offenkundigen Empfängerkreis wie die "Rochade" zu erreichen. Auch Kinzel konstatiert, daß Köhler seine Hetze sehr geschickt aufziehe. Das DSB-Präsidium will die "Rochade" weiterhin beobachten, auch wenn Köhler und seinen Leuten zumindest im Fall Pachmaller Wind aus den Segeln genommen worden sei. Kritik an sich sei erlaubt und nicht unerwünscht, jedoch seien Verleumdungen und Beleidigungen nicht akzeptabel.

Diel mißbilligt noch einmal das Verhalten von Schwind, der sich eines solchen Organs mit solch unglaublichen Unterstellungen bedient habe, nicht vergleichbar mit dem Brief Rattmanns im "Schach-Echo". Schwind habe bewußt den Kongreß verunglimpft. Dr. Schmidt wird Schwind auffordern die Beweise für seine Behauptungen anzutreten.

Diel wettet eine Kiste Sekt darauf, daß Köhler auch in Zukunft jede Kontroverse innerhalb des DSB aufgreifen und aufbauschen werde, möglicherweise bereits den ausschluß Eggerts.

5. 100 Jahre Deutscher Schachbund

Schneider weist darauf hin, daß 1877 oder 1879 der erste Kongreß des DSB stattgefunden hat. Das DSB-Präsidium einigt sich darauf, an 1877 festzuhalten und damit in 1977 das hundertjährige Bestehen des DSB zu begehen. Diel wird vom Präsidium mit der Erarbeitung eines Festbuches beauftragt. Auch sollen besondere Veranstaltungen für 1977 zum hundertjährigen Bestehen geplant werden. Eventuell soll eine bestimmte Woche für Veranstaltungen zu diesem Jubiläum vorgesehen werden. Die zu planenden Veranstaltungen sollen einen möglichst großen Rahmen erhalten, damit Rundfunk und Presse darüber berichten müssen. Diel wird ermächtigt, seine Mitarbeiter selbst auszuwählen. Er wird dem DSB-Präsidium von Zeit zu Zeit über die Fortschritte bei seiner Arbeit berichten.

6. FIDE

Reiber äußert sich zur Atmosphäre beim diesjährigen FIDE-Kongreß in Niiza: Es sei ein Wahlkongreß gewesen, dessen Hauptinteresse der Frage habe gelten müssen, ob Euwe oder Rabell-Mendez die Wahl zum FIDE-Präsidenten gewinnen würde. Euwe sei etwas umstritten gewesen, da er eine zu wenig harte Hand habe und auch relativ alt sei. Rabell-Mendez sei ohne Zweifel der am besten angezogene und am besten aussehende Mann der FIDE halte sich aber als Vizepräsident an keinen Zeitplan und betrachte die FIDE hauptsächlich als Rahmen für sein schönes Bild. Er spreche die spanische Sprache und komme daher besonders bei den vielen lateinamerikanischen Delegierten an, zumal er sehr freigiebig mit Rum sei. Er erscheine ihm (Reiber) als unseriös und fachlich wenig qualifiziert. Auf jeden Fall habe über der Wahl des Präsidenten sehr viel Unsicherheit gelastet und man habe das Schlimmste befürchten müssen.

Die Rhodesien- und Südafrikafrage sei erneut behandelt worden, nachdem FIDE-Präsident Euwe an Ort und Stelle sondiert habe. Euwe habe kein belastendes Material sammeln können. Ganz im Gegenteil habe er von gemischtrassigen Schachvereinen in diesen Staaten berichten können. Leider aber habe Euwe seinen Bericht überhaupt nicht gegen die vorgebrachten Anschuldigungen verteidigt, die mit Schach nicht das Geringste zu tun gehabt hätten. Bei der Abstimmung im FIDE-Zentralkomitee habe es dann nur drei Stimmen für Rhodesien und Südafrika gegeben, da die meisten Mitglieder des Zentralkomitees vor allem Rücksicht auf ihre Wiederwahlchancen genommen hätten. Dadurch sei es zu einer Empfehlung des Zentralkomitees an den Kongreß gekommen, Rhodesien und Südafrika vorläufig aus der FIDE zu "beurlauben". Damit seien die FIDE-Satzungen eindeutig gebrochen worden. Euwe habe ihm (Reiber) gegenüber erklärt, daß er (Euwe) seinen Bericht deshalb nicht verteidigt habe, weil sonst Rabell-Mendez FIDE-Präsident geworden wäre.

Reiber äußert große Sorgen über die neuen Entwicklungen in der FIDE, bei denen die Politik ins Spiel gebracht werde und auch entscheidend ins Spiel gebracht werden könne, weil auch die kleinsten Staaten das gleiche Stimmrecht haben wie die großen. Diese Gefahren seien offensichtlich auch von den Ostblockländern erkannt worden, die für seine (Reibers) Wiederwahl in das Zentralkomitee wohl deshalb gestimmt haben, weil ihr Interessenlage ähnlich der des DSB sei.

Zum Problem "Fischer" bemerkt Reiber abschließend, daß die FIDE nun allmählich die Geduld mit ihm verliere.

Schneider bemerkt, er sehe schwarz für die FIDE. Die europäischen Nationen würden immer mehr in die Enge getrieben. Eine gleiche Entwicklung zeichne sich auch in anderen Weltsportfachverbänden ab.

Diels berichtet, der Präsident des Südafrikanischen Schachverbandes, Dr. Dreyer, habe ihm geschrieben, er sei sehr beeindruckt von der Haltung des DSB beim FIDE-Kongreß, wo der DSB das Recht so entschieden verteidigt habe. Diels schlägt vor, gegenüber der FIDE noch einmal, z.B. in Form einer Resolution des DSB-Präsidiums, für die unbedingte Einhaltung der FIDE-Satzung einzutreten.

Schneider bemerkt hierzu, der DSB sei in Nizza bereits genügend deutlich aufgetreten. Nun gelte es für den DSB vor allem, den Protest gegen das Verhalten der UdSSR-Spieler beim Solinger Turnier mit Nachdruck zu verfolgen und sich in der FIDE nicht zu verzetteln. Außerdem dürfe der DSB im Falle Südafrikas nicht in Kollision geraten mit der Haltung des Deutschen Sportbundes und dem UNO-Beschluß, den die BRD politisch befolge. Es sei im Sinne des DSB taktisch ungünstig, sich übersteigert im Rhodesien- und Südafrikaproblem in der FIDE zu engagieren.

Diels erwidert, es gebe ein Recht und ein Unrecht und man müsse nach seiner Meinung immer mit Nachdruck für das Recht, in diesem Fall die FIDE-Satzung, eintreten, und zwar unabhängig von taktischen Erwägungen.

Schneider entgegnet, bei Verfolgung einer solchen entschiedenen Position sei die Konsequenz der Austritt des DSB aus der FIDE.

Reiber gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß Euwe nun zu einer gewissen Größe auflaufe, nachdem er wiedergewählt worden sei.

Schneider bemerkt, allein Euwe sei derjenige gewesen, der den unseeligen Beschluß habe verhindern können, indem er die Zulassung des Antrags abgelehnt hätte. Der DSB sollte nun zuerst die Entscheidung des FIDE-Büros über den "UdSSR-Protest" abwarten. U.U. sei dann ein erneuter Satzungsverstoß zu konstatieren.

Kadesreuther unterstützt die Auffassung Diels, befürwortet aber Schneiders Ansicht, nicht direkt an die FIDE heranzutreten, sondern plädiert statt dessen für eine nachdrückliche Unterstützung des Auftretens von Schneider und Reiber in Nizza durch das DSB-Präsidium vor der deutschen Schachöffentlichkeit.

Daraufhin beschließt das DSB-Präsidium einstimmig die nachfolgende, von Diels formulierte Resolution:

"Das Präsidium billigt vollinhaltlich den von den DSB-Vertretern beim FIDE-Kongreß in Nizza eingenommenen Standpunkt in der Frage der Suspendierung Südafrikas und Rhodesiens. Es bedauert, daß mit dem irregulären Beschluß gegen die Statuten verstoßen wurde, in denen die politische Neutralität des Weltschachbundes ausdrücklich festgelegt ist. Das Präsidium hegt die Befürchtung, daß auf solche Weise Schach und Politik miteinander verquickt werden und sich Weiterungen ergeben, die mit dem FIDE-Wahlspruch 'Gens una sumus' nicht in Einklang zu bringen sind. Die Delegierten des DSB sollen nichts unversucht lassen, den Beschluß bei gegebenem Anlaß zu revidieren, um die politische Unabhängigkeit und Neutralität der FIDE zu wahren und den Weltschachbund allen Völkern, die sich an die Satzung halten, offenzuhalten".

7. Schach-Olympiade in Nizza

Schneider berichtet, das Spiellokal sei gut gewesen, das Zuschauereintreten aber mäßig. Unterbringung und Verpflegung in einem noch nicht fertiggestellten Hotel seien unerträglich gewesen, z.B. habe man nach unzureichenden Mahlzeiten auch noch schlangestehen müssen. Die Russen seien deshalb auch sofort ausgezogen. Er habe die deutschen Spieler aus der Verpflegung genommen und ihnen auch angeboten, das Hotel ganz zu verlassen. Die Spieler hätten jedoch in dem Hotel bleiben wollen.

Zum "Problem Dr. Pfleger" führt Schneider aus, Dr. Pfleger habe die Großmeisternorm mitten im Turnier erreicht und deshalb nicht mehr weiterspielen wollen. Die Mannschaft sei zusammengerufen worden, und nur Schmid habe zunächst Bedenken gegen ein Pausieren Dr. Pflegers geäußert, da die übrigen Spieler zu sehr belastet werden. Nachdem aber die übrigen Spieler einverstanden gewesen seien, habe auch Schmid seine Bedenken zurückgezogen, und er (Schneider) habe dem Pausieren Dr. Pflegers daraufhin entgegen seiner eigentlichen Auffassung zugestimmt. Die deutsche Mannschaft habe unter den für sie nicht optimalen Bedingungen mit ihrem 7. Platz ausgezeichnet abgeschnitten.

Kinzel bemerkt zum "Problem Dr. Pfleger", daß es nicht wünschenswert sein könne, wenn ein guter Spieler auf halber Strecke aufhöre. Das DSB-Präsidium ist einstimmig der Auffassung, daß bei Länderkämpfen und Olympiaden das Mannschaftsinteresse vor dem persönlichen Interesse eines Spielers rangieren müsse.

8. Bundesliga

Nöttger bemerkt, daß über den Zuschuß von DM 30.000,-- zur Abdeckung der Kostenspitzen noch einmal beraten werden müsse. Bei der Meldung der 20 Bundesligaspieler eines Vereins müsse sichergestellt werden, daß nur die ersten 8 (die eigentliche Kernmannschaft) auch die Nummern 1 bis 8 der Vereinsrangliste bilden, die übrigen 12 Spieler jedoch beliebig aus den weiteren Nummern der in den Landesverbänden gemeldeten Vereinsrangliste ausgewählt werden, da viele Spieler zwar bereit seien, auf Landesverbandsebene Mannschaftskämpfe zu spielen, nicht jedoch auf DSB-Ebene, was sich ein Kampf samt An- und Abreise über zwei Tage erstreckt. Jeder Landesverband müsse so viele Schiedsrichter stellen, wie er Mannschaften in die Bundesliga entsende, ferner seien vier Staffelleiter zu benennen. Vor dem Start der Bundesliga müsse unbedingt für diesen Personenkreis ein Lehrgang stattfinden, später wahrscheinlich Ergänzungs- und Wiederholungslehrgänge. In der Bundesliga werde alle drei Wochen gespielt mit Beginn um 10 bzw. 11 Uhr. Bei Punktgleichheit auf entscheidenden Plätzen finden in jedem Fall Stichekämpfe statt. Die Spielerpaßordnung sei noch fertigzustellen. Alle Forderungen in diesem Zusammenhang seien genauestens zu durchdenken.

9. Verschiedenes

1. Schneider berichtet, daß er anlässlich der 25. Austragung des Bad Ailinger Pokalturniers die Herren Falter (Bürgermeister), Niklas (Vereinsvorsitzender) und Hüter (Turnierleiter) mit dem Ehrenbrief des DSB ausgezeichnet habe. Das DSB-Präsidium stimmt dieser Auszeichnung einmütig zu. Diel und Mallée weisen auf den großen Erfolg der Schachsportler der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Essen-Kupferdreh bei diesem Turnier mit dem 1. Platz in der Einzelwertung (Peter Dankert) und dem 2. Platz in der Mannschaftswertung hin.
2. Reiber weist auf Rellstabs 70. Geburtstag am 23.11.74 hin. Das DSB-Präsidium beschließt, Rellstab anlässlich dieses Tages mit dem DSB-Ehrenbrief auszuzeichnen. Zwecks Würdigung Rellstabs in der Presse wird Reiber Daten an Diel liefern.
3. Das Präsidium beschließt, Borngässers Fahrtkosten anlässlich seiner Teilnahme am traditionellen Titzberger-Juniorturnier zu tragen.

gez. Ludwig Schneider
(DSB-Präsident)

gez. Ralph Mallée
(Protokollführer)